Idsteiner Zeitung

und Anzeigeblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Anzeigen haben in der in Stadt und Land gut verbreiteten „Idsteiner Zeitung" — Auflage 2100 — besten Erfolg.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Fernsprecher Nr. 11.

Bezugspreis
monatlich 70 Pfg. mit Bringerlohn.
Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 2 Mark 10 Pfg. —
— Siehe Postzeitungsliste. —

№ 72. Dienstag, den 24. Juni 1919.

Politisches.

Die Unterzeichnung beschlossen?

Unter Vorbehalt geben wir folgende Meldung der Telegraphen-Union aus Berlin wieder:

Als Führer der neuen Friedensdelegation wird Erzberger genannt, der dann die Unterschrift in Versailles zu vollziehen hätte. Es muß mit einer Verzögerung der Entscheidung um mehrere Tage gerechnet werden. Die neue Regierung wird sich deshalb wahrscheinlich gezwungen sehen, eine Verlängerung der Frist über Montag hinaus zu erreichen. Da die Unterzeichnung beschlossene Sache ist, dürfte die Fristverlängerung ohne weiteres bewilligt werden.

Um die Ehrenpunkte.

Wie die „Köln. Ztg." aus Weimar hört, hat der Reichsminister Erzberger bereits mit dem Verband Fühlung genommen und in Versailles angefragt, wie sich der Verband stellen würde hinsichtlich der Nachgiebigkeit in den bekannten Punkten, die die Ehre der deutschen Nation antasten. Daraufhin hat einstweilen der Verband unverbindlich durchblicken lassen, daß er einem Nachgeben in den Points d'honneur nicht abgeneigt sei. Auf Grund dieser Fühlungnahme soll jetzt ein offizieller Schritt in dieser Richtung unternommen werden. Man hofft, bis Montag eine Antwort des Verbandes zu haben, und dann will man ein Kabinett bilden, dem auch die Demokraten wieder angehören können.

Die ablehnende Erklärung der Rechtsparteien.

Die gemeinsame Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei lautet:

In der Stunde der höchsten Nationalen Gefahr haben die außerhalb der Regierung stehenden bürgerlichen Fraktionen, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei beschlossen, nachstehendes gemeinsam zu bekunden. Alle Folgen der Ablehnung des vorliegenden Friedensvertrages haben wir uns mit voller Verantwortlichkeit klar gemacht. Wir sind der einmütigen Ueberzeugung, daß sie trotz der Schwere unvergleichlich geringer einzuschätzen sind, als die dauernde Versklavung Deutschlands, der wir sonst anheimfallen. Die Annahme des Friedensvorschlages bedeutet eine nationale Schmach. Wir verlieren dadurch noch unsere letzten Freunde in der Welt. Einem zerstückelten Deutschland droht der wirtschaftliche, finanzielle, politische und moralische Tod. Um unserer Toten und um der Zukunft unserer deutschen Jugend willen sind wir entschlossen, unser letztes Gut bis zum Aeußersten zu wahren: Deutschlands reinen Namen vor der Welt. Darum lehnen wir den Friedensentwurf ab. Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei v. Posadowsky, Fraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze.

Preußische Landesversammlung.

mz. **Berlin**, 20. Juni.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung um 12.30 Uhr und schlägt dem Hause im Auftrag des Aeltestenrates vor, sich sofort zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, die Friedensverhandlungen zu besprechen. Das Haus ist damit einverstanden. Der Präsident erbittet und erhält die Ermächtigung, den Tag und die Tagesordnung der nächsten Sitzung selbst zu bestimmen.

Das Abkommen über die Besetzung der rheinischen Gebiete.

mz. Havas. Eine amtliche Mitteilung veröffentlicht den Text des Abkommens, das zwischen den Vereinigten Staaten, Frankreich, England und Belgien einerseits und Deutschland andererseits getroffen wird, hinsichtlich der Besetzung der rheinischen Gebiete.

Artikel 1 stellt fest, daß die Streitkräfte der Alliierten die Okkupation des deutschen Gebietes in der Weise aufrechterhalten werden, wie sie im Waffenstillstandsvertrag vom 11. 11. 18 und im Zusatzvertrag vom 16. 1. 19 bestimmt wurde. Es werden keine deutschen Truppen in diesem Gebiet zugelassen, auch nicht im Durchmarsch, wohl aber dürfen Polizeitruppen, deren Stärke die Alliierten bestimmen, zur Sicherung und Aufrechterhaltung der Ordnung dort verbleiben.

Artikel 2 besagt, daß ein Zivilorgan, genannt interalliierte Oberkommission der Rheingebiete, die höchste Regierungsgewalt in den besetzten Gebieten darstellen wird. Die Kommission umfaßt vier Mitglieder, die Belgien, Frankreich, England und die Vereinigten Staaten stellen.

Artikel 3 setzt fest, daß die interalliierte Korporation die Befugnis hat, die erforderlichen Verfügungen zu erlassen, um Unterhalt und Sicherheit der alliierten Streitkräfte zu gewährleisten. Diese Verfügungen werden Gesetzeskraft haben. Die Mitglieder der Oberkommission genießen die Privilegien der Diplomaten und Immunität.

Artikel 4. Die deutschen Gerichte üben die zivile und die Strafrechtspflege aus mit folgenden Ausnahmen: a) Die bewaffneten Kräfte der Alliierten u. die von ihnen beauftragten Personen stehen ausschließlich unter der Militärgerichtsbarkeit dieser Truppen. b) Die Personen und Güter der Alliierten stehen unter der Militärgerichtsbarkeit dieser Truppen.

Artikel 5 besagt, daß die Zivilverwaltung der besetzten Gebiete in der Hand der deutschen Behörden unter der Hoheit der deutschen Zentralverwaltung verbleibt, unter dem Vorbehalt, daß die deutschen Behörden bei Strafe der Absetzung sich allen Verfügungen der Oberkommission fügen.

Artikel 6 besagt, daß die alliierten Armeen das Recht der Requisition in natura und in Form von Geldleistungen ausüben können. Die deutsche Regierung wird weiterhin die Kosten des Unterhalts der alliierten Besatzungstruppen tragen. Sie wird ebenfalls die aus der Geschäftsführung entstehenden und die Wohnungskosten der Oberkommission tragen.

Artikel 7 und 8 bestimmen, daß die alliierten Truppen weiterhin ungehindert die gegenwärtig gebrauchten Räumlichkeiten innehaben, für deren guten Unterhalt die deutsche Regierung sich verpflichtet. Wenn diese Räumlichkeiten für ungenügend befunden werden, können die alliierten Truppen andere requirieren.

Artikel 9 besagt, daß die alliierten Truppen und die Oberkommission keine deutschen Steuern bezahlen und alle Lebensmittel wie auch Ausrüstungsgegenstände zollfrei einführen können.

Artikel 10 schreibt vor, daß das Personal von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Fluß- und anderer Schiffahrt und des Straßenunterhalts den Befehlen des Oberkommandos der alliierten Truppen zu militärischen Zwecken zu gehorchen hat.

Artikel 11 und 12 setzen fest, daß das Post-, Telegraphen- und Telephonpersonal unter der Kontrolle der Oberkommission steht, die bei allen Telephon- u. Telegraphenlinien den Vorrang hat.

Der letzte (13.) Artikel besagt, daß die Oberkommission berechtigt ist, wenn sie es für nötig hält, den Belagerungszustand für einen Teil oder für das ganze Gebiet zu erklären, im Falle der Dringlage ihre Schmäuse zu feiern pflegten. Hansen willigte ein, und wir gingen miteinander den dunklen Korridor entlang; denn der Saal lag jenseits der Kapelle am andern Ende des Hauses. Als ich beim Hinabsteigen der Hintertreppe ausglitt und die letzten Stufen hinabstolperte, wurde unten auf dem Flur eine Tür aufgerissen, und der unheimlich nackte Kopf eines neunzigjährigen Mannes reckte sich daraus hervor. Er murmelte ein paar halbverständliche Scheltworte und stierte uns dann, bis wir durch die Tür der Kapelle traten, mit den verglaseten Augen nach.

Ich kannte ihn wohl; die Stiftsleute hießen ihn den „Spökenkieker"; denn sie behaupteten, er könne „was sehen".

„Die Augen könnten einen fürchten machen," sagte ich zu Hansen, als wir durch die Kapelle gingen.

Sie meinte: „Er sieht dich gar nicht, er sieht nur noch rückwärts in sein eignes törichtes und sündhaftes Leben."

„Aber," erwiderte ich scherzend, „er sieht doch dort in der Ecke die offnen Särge stehen, während die darin liegen, noch lebend unter Euch umher wandern."

„Das sind auch nur Schatten, mein Kind; er tut nichts Arges mehr. Freilich," setzte sie hinzu, „ins Stift gehört er nicht und hat auch nur auf eine der Freistellen des Amtmanns hineinschlüpfen können; denn wir andern müssen unsre bürgerliche Reputation nachweisen, ehe wir hier angenommen werden."

(Fortsetzung folgt.)

Aus Th. Storms Novellenschatz.

Ausgewählt und eingeleitet von M. Kirmße.

4.

In St. Jürgen.

Dann stand sie auf, und wir gingen miteinander durch einen schmalen, endlosen Korridor, der nur durch die verhangenen Türfensterchen der zu beiden Seiten liegenden Zellen ein karges Dämmerlicht empfing. Hier und dort öffnete sich eine dieser Türen; und in dem Schein, der einige Augenblicke die Dunkelheit unterbrach, sah ich alte seltsam gekleidete Männer und Frauen auf dem Gang hinaus schlurfen, von denen die meisten wohl schon vor meiner Geburt aus dem Leben der Stadt entschwunden waren. Gern hätte ich dann dieses und jenes gefragt; aber auf dem Wege zur Kirche hatte ich von Hansen keine Antwort zu erwarten; und so gingen wir denn schweigend weiter, am Ende des Ganges Hansen mit der alten Gesellschaft auf einer Hintertreppe nach unten zu den Plätzen der Stiftsleute, ich oben auf das Chor, wo ich träumend dem sich drehenden Glockenspiel der Orgel zusah, und ‚wenn unser Propst die Kanzel bestiegen hatte, — ich will es gestehen — seine gewiß wohlgesetzte Predigt meist nur wie ein eintöniges Wellengeräusch und wie aus weiter Ferne an mein Ohr dringen fühlte; denn unten mir gegenüber hing das lebensgroße Porträt eines alten Predigers mit langen schwarzgrausen Haaren und seltsam geschorenem Schnurrbart, das bald meine ganze Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen pflegte. Mit den melancholischen schwarzen Augen blickte es so recht wie aus der dumpfen Welt des Wunder- und Hexenglaubens in die neue Zeit hinauf und erzählte mir weiter von der Stadt Vergangenheit, wie es in den Chroniken zu lesen stand, bis hinab zu dem bösen Stegreifjunker, dessen letzte Untat einst das Epitaphium des Ermordeten in der alten Kirche berichtet hatte. — Freilich, wenn dann plötzlich die Orgel das „Unsern Ausgang segne Gott" einsetzte, so schlich ich mich meist verstohlen wieder ins Freie; denn es war kein Spaß, dem Examen meiner alten Freundin über die gehörte Predigt standhalten zu müssen.

*

Von ihrer eigenen Vergangenheit pflegte Hansen nicht zu erzählen; ich war schon ein paar Jahre lang Student gewesen, als ich bei einem Ferienbesuch in der Heimat darüber zum erstenmal etwas von ihr erfuhr.

Es war im April, an ihrem fünfundsechzigsten Geburtstage. Wie in früheren Jahren, so hatte ich ihr auch heute die beiden hergebrachten Dukaten von der Großmutter und einige kleine Geschenke von uns Geschwistern überbracht, und war von ihr mit einem Gläschen Malaga bewirtet worden, den sie für solche Tage in ihrem Wandschränkchen aufbewahrte. Nachdem wir ein Weilchen geplaudert, bat ich sie, mir heute, wie ich schon lange gewünscht, den Festsaal zu zeigen, in dem seit Jahrhunderten die Vorsteher der Stiftung nach der jährlichen Rechnungsab-

lichkeit, wenn die öffentliche Ordnung in einem Bezirk gestört oder bedroht ist, können die Militärbehörden die nötigen Maßnahmen treffen. In diesem Falle werden die Militärbehörden der Obersten Kommission Rechenschaft ablegen.

Aus nah und fern.

Idstein, den 23. Juni 1919

— **Die kriegerischen Vorbereitungen** seitens der Besatzungstruppen, deren Zeuge wir in den letzten Tagen waren, hatten wohl am Fronleichnamstage ihren Höhepunkt erreicht. Sie haben uns den Ernst der Zeit, in der wir leben, eindringlich vor Augen geführt. Ein Truppentransport löste den andern ab; die Truppen wurden auf die äußerste Grenze des besetzten Gebietes vorgeschoben, um sich im Falle der Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages in Vormarsch zu setzen. — Nach den Meldungen, die wir am Freitag abend schon unseren Lesern mitteilen konnten, schien die Entscheidung über das Ja oder Nein der Unterzeichnung schon gefallen zu sein. Die große Masse des Volkes will keinen Krieg mehr. Sie verlangt jetzt nach Ruhe und Schaffung stabiler Verhältnisse, die allein der Friedensschluß uns bringen kann. Uebrigens ist ja mit dem Unterschreiben des Entwurfes noch nicht das letzte Wort gesprochen. Im Laufe der Jahre, wenn sich die Wogen der Leidenschaften auf beiden Seiten gelegt haben, und ruhiges Denken und Urteilen möglich sein wird, werden sicherlich Milderungen in der Ausführung der Bedingungen zu erwirken sein. Heute handelt es sich um die Unterschrift und damit um die Vermeidung des Wiederauflebens des Krieges, das zur tödlichen Katastrophe für das gesamte Volk und Reich werden würde. Man unterzeichnet den Vertrag, um das Volk, das Reich und seine Einheit zu retten und den besetzten Gebieten endlich Erleichterungen zu bringen; alles übrige wird die Zeit ergeben, die wohl auch einmal zu unseren Gunsten wirken wird.

— **Fernsprechverkehr.** Wieder bezw. neu angeschlossen wurden an das hiesige Fernsprechnetz das Steinmetzgeschäft des Herrn Theodor Link unter Nr. 43, Herr Zahnarzt Maurer unter Nr. 10, Herr Gärtner Reichert unter Nr. 46, Herr Prozeßagent Greten unter Nr. 200.

— **Die Rinderherde** kam am Donnerstag früh in der Rodergasse in ein Wagengewirr. Ein Anbinder, Herrn Gustav Schmidt gehörig, wurde überfahren und mußte abgeschlachtet werden. Es ist dies das zweite Mißgeschick, das die Herde erleidet. In den ersten Tagen des Weideganges mußte ein Rind des Herrn Karl Haberstock ebenfalls, nachdem es einen Unfall erlitten hatte, abgeschlachtet werden.

— **Sommers Anfang.** Der gestrige Sonntag — 22. Juni — brachte uns kalendermäßig des Sommers Anfang. In der Natur dagegen hatten wir schon wochenlang eine alles austrocknende sommerliche Hitze. Der Regen, der sich am Samstag gewiß einzustellen schien, wurde wieder versagt.

— **Eine vorzügliche Rapsernte** steht uns in diesem Jahre in sicherer Aussicht. Die vorhandenen Rapsfelder zeigen einen sehr reichen Körneransatz von kräftiger Entwicklung. Sowohl hinsichtlich der Menge als auch in Bezug auf die Güte der Körner, die zur Zeit prächtig ausreifen, verspricht man sich mit Recht eine Vollernte. Bei dem sehr hohen Preis, den das Speiseöl bei uns immer noch hat, wirft der Rapsbau in diesem Jahre sehr gute Erträge ab. Es ist anzunehmen, daß die in unserer Gegend in den letzten Jahrzehnten gänzlich eingegangene Rapskultur sich in Zukunft erhalten wird, um so mehr, als wir auf Jahre hinaus wohl noch auf das Rapsöl als billigeren Ersatz für die fehlende Butter und die schwach vertretenen Fette angewiesen sein werden.

— **Frühdrusch 1919.** Auch in diesem Jahre sind wir unter allen Umständen auf das aus dem Frühdrusch gewonnene Getreide angewiesen, um die Brotversorgung der Bevölkerung in der Uebergangszeit zum neuen Wirtschaftsjahr sicherzustellen. Das Ministerium für Landwirtschaft erläßt eingehende Anordnungen über die technische Durchführung des Frühdrusches, deren Leitung wieder der Landesgetreidestelle übertragen ist. Die Anordnungen bewegen sich in den gleichen Bahnen wie im Vorjahre und nehmen besonders Rücksicht auf den bestehenden Rohstoffmangel und die Beförderungsschwierigkeiten. Als Heizstoff sind angesichts der großen Kohlenknappheit noch mehr als im Vorjahre Holz und Torf zu verwenden. Die Druschkohlen sind an sich in dem den einzelnen Kommunalverbänden vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung bereits zugeteilten Zumaß enthalten; die Druschkohle ist also grundsätzlich der dem Kommunalverband ohnehin zur Verfügung gestellten Gesamtkohlenmenge zu entnehmen. Nun hat sich der Reichskommissar bereit erklärt, gewisse Kohlenmengen zur Förderung des Ausdruschs beschleunigt zu liefern.

— **Eine neue Postkarte.** Eine neue amtliche Postkarte mit Wertstempel wird von der Reichspost vorbereitet. Am 1. Juli werden, wie wir berichtet hatten, Briefmarken zur Erinnerung an die Nationalversammlung zu 10, 15 und 25 Pfg. ausgegeben. Auch die neue Postkarte ist hierfür bestimmt. Sie erhält den Wert von 10 Pfg., wie sie jetzt im Fernverkehr verwendet werden muß.

— **Rekrutierung oder Anwerbungen für das deutsche Heer im besetzten Gebiet untersagt.** Wie die Waffenstillstandskommission den P. P. U. mitteilt, übermittelte General Nudant in Spaa die generelle Entscheidung der Alliierten, nach der die Rekrutierung für Dienstzweige der deutschen Armee im besetzten Gebiet selbst auf dem Wege der freiwilligen Anwerbung nicht zugelassen werden könne.

mz. **Aus dem Verkehr zu ziehende 50-Markscheine.** Wir haben bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die von der Reichsbank ausgegebenen Noten zu 50 Mark mit dem Datum des 20. Oktober 1918 demnächst aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Es ist deshalb vorteilhaft, dieselben möglichst bald bei den Dienststellen der Reichsbank, den öffentlichen Kassen oder Geldinstituten zum Umtausch vorzulegen. Wie uns jetzt von zuständiger Seite bekanntgegeben wird, steht der amtliche Aufruf dieser Noten bevor, der eine Einlösungsfrist von nur wenigen Wochen vorsieht.

---

h **Schmitten** (Taunus), 16. Juni. Der Schmiedemeister Wilhelm Wagner versuchte nächtlicherweise Waren aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet zu schaffen, wurde aber von französischen Posten erschossen. Sein Sohn, der ihn begleitete und im Besitz einer bedeutenden Barsumme war, fiel in die Hände der Franzosen und wurde in Gefangenschaft abgeführt.

Langenschwalbach, 17. Juni. Bei einer Haussuchung im Hause des Adolf H. wurden ein geladener Revolver, Munition und von französischen Soldaten gestohlene Kleiderstücke entdeckt. H. wurde festgenommen. — Das Katasteramt wird seit 3. Mai von dem Katasterkontrolleur Müller, bisher in Wallmerod, verwaltet.

h **Wiesbaden,** 18. Juni. Der städtische Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1918 schließt mit einem erheblichen Fehlbetrage ab, der in erster Linie auf Kriegslasten infolge der feindlichen Besatzung zurückzuführen ist. Zur Deckung der Ausgaben und Fehlbeträge tritt eine Erhöhung der Einkommensteuer von 110 auf 270 Prozent ein. Die Steigerung der Grundsteuer konnte noch nicht festgelegt werden. Weitere erhebliche Erhöhungen sind vorgesehen für den Bezug von Gas, Wasser und Elektrizität.

Wiesbaden, 20. Juni. In der Aarstraße, etwa eine Viertelstunde unterhalb des Holzhackerhäuschens, verunglückte Donnerstag nachmittag ein von Langenschwalbach kommendes mit zwei französischen Soldaten besetztes Militärauto. Um einem größeren Hund auszuweichen, bog der Leiter des Autos nach rechts aus; der Hund jedoch suchte sich auf derselben Straßenseite in Sicherheit zu bringen. Er wurde überfahren und auf der Stelle getötet, während das Fahrzeug die Böschung hinab in den Straßengraben sauste. Dabei wurden die beiden Insassen erheblich verletzt; das Fahrzeug ging in Trümmer. Feuerwehr und Sanitätswache, welche von Straßenpassanten benachrichtigt wurden, erschienen alsbald auf der Unfallstelle. Die Sanitätswache brachte die Verunglückten nach Wiesbaden ins Krankenhaus.

Mainz, 18. Juni. Zur Errichtung einer Mainzer Volkshochschule wird berichtet: Die zur Förderung der Volksbildung in Mainz gebildeten wissenschaftlichen Kommissionen und ihre Beiräte haben durch Besprechungen und andere Maßnahmen einen Teil der Vorarbeiten so weit gefördert, daß die Vorlesungen anfangs September ds. Js. beginnen können. Die einzelnen Vorträge werden sich erstrecken auf Sozialisierung, Gewerkschaftsfragen, Geschichte, Religionsfragen, Philosophie, Naturwissenschaft, Volksgesundheitsfragen, Bürgerkunde und Rechtslehre. Neben der wissenschaftlichen Belehrung werden auch Kunst und Literatur weitgehende Beachtung finden, so daß alle Kulturbestrebungen eine modernem Geist entsprechende Beleuchtung finden. Die Auswahl der Dozenten verbürgt, daß die in volkstümlicher Form gehaltenen Vorlesungen jedem Hörer, auch denen ohne sachliche Vorbildung, verständlich werden, um das Wissen, das seither meist ein Privilegium der Besitzenden war, in weiteste Kreise zu tragen. Als Lokale kommen hauptsächlich die Schulhäuser in Betracht und als Zeit, um jedem den Besuch der Vorlesungen zu ermöglichen, die Abendstunden und vielleicht auch die Sonntage.

Mainz, 19. Juni. (Vergehen gegen Preßgesetz.) Gegen eine Anzahl von Personen, welche am 1. und 2. Juni das Plakat, betr. Ausrufung einer Rheinischen Republik anklebten, ist jetzt Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft erhoben worden, weil nach dem deutschen Preßgesetz der öffentliche Anschlag von Plakaten, auf denen nicht die Druckerei ersichtlich ist, von der sie hergestellt wurden mit Strafe bedroht wird. Unter den Angezeigten befinden sich auch mehrere Polizeidiener aus Landgemeinden, welche im Auftrag der Bürgermeisterei die Plakate in den amtlichen Ausbänaekasten anschlugen.

Höchst a. M., 17. Juni. Die Stadtverordneten bewilligten in ihrer heutigen Sitzung 1 Million Mark zum Bau von Mittelstandswohnungen; es sollen fünf-, vier-, drei- und zwei-Zimmerwohnungen errichtet werden. Ferner bewilligten sie weiter 50 000 ℳ zur Erweiterung des Wasserwerkes. 5000 ℳ wurden dem vaterländischen Frauenverein zur Verfügung gestellt zur Bekämpfung der Lungentuberkulose und endlich 3000 ℳ gewährt zur Fürsorge für die noch nicht zurückgekehrten Kriegs- und Zivilgefangenen.

Griesheim a. M., 17. Juni. Die neunzehnjährige taubstumme Maria Brückner goß gestern nachmittag Petroleum ins Feuer, wobei die Kanne explodierte und die Flammen die Kleider der Unglücklichen ergriffen, die derart verbrannte, daß sie ins Höchster Krankenhaus überführt werden mußte, wo sie in der Nacht unter großen Qualen gestorben ist.

Griesheim, 20. Juni. Der seit Oktober 1914 vermißte Musketier Philipp Holler von hier hat aus einem Wiesbadener Krankenhaus seine demnächstige Heimkehr gemeldet.

h **Frankfurt a. M.,** 17. Juni. Der 27jährige Monteur Rau aus der Krifteler Straße stieß bei einem Ausflug mit seinem Motorrad gegen einen Baum und war auf der Stelle tot.

Frankfurt a. M., 18. Juni. Etwa 600 Erwerbslose zogen heute früh vor das Rathaus und forderten vom Magistrat im Hinblick auf die mögliche Besetzung der Stadt eine Bezahlung der Erwerbslosenunterstützung auf ein Vierteljahr voraus. Gewährung billigerer Kartoffelpreise (11 Pfg. das Pfd.) und Herabsetzung der Gaspreise. Der Oberbürgermeister teilte den Leuten mit, daß sich der Magistrat am Donnerstag mit den Forderungen beschäftigen werde; hierauf beschlossen die Erwerbslosen, sich am Donnerstag früh 10 Uhr die Antwort zu holen. — Die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung auf ein Vierteljahr im voraus ist wohl eine noch niemals gestellte Forderung. Jetzt ist eben alles möglich.

Frankfurt a. M., 19. Juni. Das Mitglied der Nationalversammlung Dr. Max Quarck ist als Staatskommissar für das besetzte Gebiet zwischen Rhein, Lahn, Main und Taunus in Aussicht genommen. Dr. Quarck, der lange Jahre Reichstagsabgeordneter und Stadtverordneter in Frankfurt war, war dort politischer Redakteur der „Volksstimme", aus der er schon vor der Revolution ausschied, um als freier Schriftsteller zu arbeiten. Seit einiger Zeit ist Quarck Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern.

mz. **Offenbach,** 20. Juni. Gestern vormittag wurde der 19jährige Glasmaler Wilhelm Dörflinger aus Altenheim, der sich ohne Erlaubnis aus dem besetzten Gebiet entfernen wollte, von einem französischen Posten erschossen.

h **Limburg,** 16. Juni. Neben den Pockenerkrankungen in Eschhofen und Limburg sind die Pocken nunmehr auch im nahen Elz ausgebrochen. — Medizinalrat Dr. Tenbaum läßt einem jungen Studenten, der seine ärztlichen Feststellungen über die Pocken öffentlich kritisiert hat, auf dem gleichen Wege folgende gelungene Abfuhr zuteil werden: „Herr Klövkorn, ein kaum 8 Tage alter Mediziner, denn vor Kurzem war er noch Apothekerlehrling, versucht meine Belehrungen über die Pocken und meine Feststellungen anzugreifen. Ich beabsichtige nicht, darauf näher einzugehen. Der Kreisarzt: Dr. Tenbaum, Medizinalrat."

Diez, 18. Juni. Im diesseitigen Kreise ist ein Artillerie-Schießplatz für ein Armeekorps eingerichtet worden. Dieser Schießplatz wird durch folgende Punkte begrenzt: Kördorf, Bremberg, Gutenacker, Steinsberg, Steinbruch bei der Straße Cromberg-Schaumburg, etwa in der Mitte dieser beiden Orte gelegen, Wasenbach, Birlenbach, Klingelbach, Herold. Die Schießübungen beginnen Freitag, den 20. Juni, und werden mit Ausnahme von Sonntags täglich von 12 bis 16 Uhr fortgesetzt. Der Verkehr innerhalb des Schießplatzes ist während der Schießstunden untersagt.

Rheingönnheim, 17. Juni. Ein hiesiger Wirt wollte mit seinen beiden Söhnen zur Nachtzeit in einem Nachen nach dem entgegengesetzten Rheinufer fahren. Als das Gefährt auf Anruf nicht stoppte, schoß der Posten und tötete den einen Sohn durch einen Halsschuß, den andern durch einen Bauchschuß.

Edenkoben, 17. Juni. Ein schwerer Automobilunfall hat sich am letzten Freitag abend in Venningen ereignet. Zwischen 6 und 7 Uhr kam ein von der französischen Besatzung in Geinsheim mit sechs Soldaten besetztes Lastauto über Altdorf-Venningen, um nach Edenkoben zu fahren. Am Ortseingang von Venningen kam ihm ein mit vier französischen Offizieren besetztes Personenauto von Edenkoben entgegen. Beide Autos stießen im größten Tempo gegen einander. Im selben Augenblick explodierte der Benzinbehälter und beide Autos standen im Nu in Flammen. Drei Insassen des von Geinsheim kommenden Autos stürzten sich auf die Straße, brachen jedoch brennend zusammen. Der vierte Insasse fiel, als er über das Schutzblech springen wollte, direkt auf den brennenden Motor und verbrannte, auf dem Motor liegend, bei lebendigem Leibe. An eine Rettung war infolge der ungeheuren Hitze, die die brennenden Autos ausstrahlten, überhaupt nicht zu denken. Wasser war weit und breit keines zur Stelle. Zwei Offiziere und zwei Soldaten sind verbrannt. Die Leichen sind in das Gemeindehaus Venningen gebracht worden. Vier weitere Soldaten sind schwer verletzt und wurden sofort nach Duttweiler transportiert. Beide Autos sind total vernichtet.

Konstanz, 18. Juni. Die finanziellen Deserteure verursachen tagtäglich neue und naturgemäß mit Vorliebe die „unschuldigsten" Mittel, um ihr Schäfchen ins Trockene, d. h. über die Grenze zu bringen. So wurde beim Verschieben von Vermögen nach der Schweiz ein Kaufmann aus Gera ertappt. Seine Frau hält sich zur Erholung in der Schweiz auf. Er wollte sie nun dort besuchen. An der Zollgrenze wurde sein Gepäck untersucht u. ihm auch eine große Blutwurst zerschnitten, in der man ein Vermögen, bestehend in Diamanten vorfand. Der Kaufmann wurde nicht über die Grenze gelassen und mit seinem Schatz wieder nach Hause geschickt.

Letzte Meldungen.

Das neue Kabinett.

Ein Ministerium Bauer.

mz. **Weimar,** 21. Juni, 5 Uhr nachmittags. **Das neue Reichsministerium setzt sich wie folgt zusammen:**

Präsident des Reichsministeriums Bauer,
Reichsminister d. Auswärtigen Herm. Müller,
Reichsminister des Innern Dr. David,
Vertreter des Ministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen Erzberger,
Reichswirtschaftsminister Wissell,
Reichsarbeitsminister Schlicke,
Reichsschatzminister Mayer-Kaufbeuren,
Reichspostminister Giesberts,
Reichsverkehrsminister und weiter betraut mit der Führung des Reichskolonialamts Bell,
Reichswehrminister Noske,
Reichsernährungsminister Schmidt,
Reichsjustizminister (bleibt offen).

Unter den Ministern befindet sich ein Bayer und ein Württemberger.

Die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung.

Ueber die Schwierigkeiten, welche mit der Bildung dieses Kabinet's verbunden waren, liegen noch nachstehende frühere Meldungen vor:

mz **Weimar,** 21. Juni. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichsarbeitsminister Bauer mit der Kabinettsbildung beauftragt Dieser ist dabei, ein Kabinett aus Sozialdemokraten und Angehörigen des Zentrums zusammenzusetzen.

mz **Weimar,** 21. Juni. Bis 3 Uhr morgens fand eine inoffizielle Besprechung mit den führenden Politikern beim Reichspräsidenten statt, wobei es sich darum handelte, den Ministerpräsidenten und die neuen Männer des Kabinetts zu finden. Dem Vernehmen nach ist die Kabinettsbildung in günstigem Fortschreiten. Das Ergebnis wird heute noch erwartet. Das Kabinett wird aus Sozialdemokraten und Mitgliedern des Zentrums gebildet. Die demokratische Partei wird sich als solche nicht beteiligen. Man hält es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß einige Mitglieder der Demokratischen Partei in das Kabinett eintreten. In den heutigen Vormittagsstunden sind die Fraktionen fast ausschließlich zu Sitzungen zusammengetreten, um zu der neugeschaffenen Lage Stellung zu nehmen.

mz **Weimar,** 21. Juni. 1,30 Uhr nachmittags. Ueber die Zusammensetzung des Kabinetts kann im Augenblick noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Es sind jedoch von den bisherigen Ministern die Minister Noske, Schmidt, Giesberts, Bell, Wissell, David und Erzberger aufgefordert worden, in das neue Kabinett einzutreten. Es besteht Aussicht, daß diese Herren der Aufforderung nachkommen werden. Es ist zu erwarten, daß das neugebildete Ministerium sich der Nationalversammlung am Sonntag vorstellen wird. Es wird sich um ein Kabinett handeln zur Annahme des Friedensvertrages mit der Beschränkung, daß die Unterschrift nicht deckt die Punkte, die mit der nationalen Ehre unvereinbar sind.

mz **Berlin,** 21. Juni. Das erste Kabinett Bauer ist gescheitert, und zwar an den Demokraten, deren Eintritt nicht möglich war. Bauer ist zum zweiten Male mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt worden. Dieses Ministerium wird aus Mitgliedern des Zentrums und der Mehrheitssozialisten bestehen. Es besteht die Hoffnung, daß das Ministerium morgen sich der Nationalversammlung vorstellt.

Bisher keine Note an die Entente abgesandt.

mz. **Weimar,** 21. Juni. Die Nachricht von der Absendung einer Note an die Entente entspricht nicht den Tatsachen.

mz. **Versailles,** 21. Juni. Die „Chicagoer Tribune" meldet, nachts sei in Paris eine geheime Meldung eingetroffen, daß Deutschland den Vertrag unterzeichnen werde Das Blatt erfährt aus bester Quelle, daß Clemenceau, Lloyd George und Wilson keine Fristverlängerung auch nur um eine Minute gewähren, außer wenn Deutschland das Versprechen abgibt, daß der Vertrag unterzeichnet wird. Eine Woche ist die äußerste Grenze für die Fristverlängerung, da sowohl Wilson, wie Lloyd George schnellstens abzureisen wünschen. Man glaubt, daß Deutschland morgen um eine Fristverlängerung nachkommen wird, mit der Begründung, daß die neue Regierung in der Bildung begriffen sei. Dieser Antrag wird von den Alliierten nicht abgelehnt werden können, wenn Deutschland offiziell oder inoffiziell die Absicht kundgibt, zu unterzeichnen. Wird eine solche Zusicherung jedoch nicht gegeben, so werden englische, französische und amerikanische Truppen am Dienstag bei Tagesanbruch den Vormarsch beginnen.

„New York Herald" bestätigt die Annahme der „Chicago Tribune" und meint, daß die Unterzeichnung auf jeden Fall nur eine Frage von Tagen sei. In Versailles würden die Vorbereitungen für die Ceremonie eiligst zu Ende geführt. — Die Pariser Morgenblätter wissen von dieser eventuellen Fristverlängerung nichts zu berichten. — Der „Matin" schreibt, daß man in Kreisen, welche mit der Friedenskonferenz in naher Berührung stehen, gestern abend erklärte, daß die Alliierten unter keinem Vorwande eine Volksabstimmung oder wegen der Ministerkrise eine Fristverlängerung gewähren würde.

mz **Berlin,** 21. Juni. Wie wir hören, meldet der „Petit Parisien" nach einem Radio-Telegramm aus Washington, der Antrag Knox sei mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen worden. Im Senat beginne jetzt der Kampf zur Aenderung des Friedensvertrages. Die republikanischen Führer seien sicher, daß ein getrennter Friedensvertrag zwischen Deutschland und Amerika erfolgen werde.

Aufhebung des Verkehrs mit dem besetzten Gebiet.

mz. **Berlin,** 21. Juni: **Wie die deutsche Waffenstillstandskommission berichtet, ist nach Mitteilung der franz. Besatzungsbehörden der Verkehr mit den besetzten Gebieten vorläufig aufgehoben worden.**

Der Vertrag wird unterzeichnet.

mz. **Weimar,** 22. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Reichsminister Bauer, daß die Reichsregierung vorbehaltlich der Ratifikation durch die Nationalversammlung sich entschlossen habe, den vorgelegten Friedensvertrag unterzeichnen zu lassen.

mz. **Weimar,** 22. Juni.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Antrag Schulz-Gröber: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden" in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 138 Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen, angenommen. Ferner wurde der Regierung mit 236 gegen 89 Stimmen, bei 68 Stimmenthaltungen, das Vertrauen der Nationalversammlung ausgesprochen.

mz. **Weimar,** 23. Juni. Der Reichspräsident hat namens der Reichsregierung gestern nachmittag durch den Gesandten Haniel zugleich mit dem Abstimmungsergebnis der Nationalversammlung über die Vertrauensfrage der Entente eine Note überreicht in der es heißt: Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am 22. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt worden, den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges; es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Angesichts der leidenschaftlichen Kundgebung der Bevölkerung in dem im Osten abzutretenden Gebiet sieht sich die Regierung genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schwierigkeiten, die sich aus dem Widerstand der Einwohner gegen ihre Loslösung von Deutschland ergeben könnten, abzulehnen. Die Regierung ist aber bereit, die Forderung der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen: Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher Kriegsgefangenen vom 1. Juli ab. Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen zu erfüllen. muß aber betonen, daß die Bedingungen das Maß dessen überschreiten, was Deutschland tatsächlich leisten kann. Sie muß daher die Verantwortung gegenüber den Folgen ablehnen, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn, die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch bei schärfster Anspannung der deutschen Leistungsfähigkeit in Erscheinung tritt. — Sodann folgt der Vorbehalt wegen der alleinigen Urheberschaft Deutschlands am Kriege und die Ablehnung der Artikel 227 bis 230. Schließlich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die feindlichen Regierungen nachstehende Erklärung als einen wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansehen werden: Innerhalb zweier Jahre vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages ab gerechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag vom Hohen Rat der Mächte, so, wie er vom Völkerbund nach Artikel 4 eingesetzt ist, zwecks Nachprüfung unterbreiten. Vor diesem Hohen Rate sollen die deutschen Bevollmächtigten die gleichen Rechte und Vorrechte genießen wie die Vertreter der andern kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden. die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtige, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie und gleichberechtigte wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands behindert wird. Es folgt dann die bereits gemeldete Zustimmungsformel der Reichsregierung.

mz. **Amsterdam,** 22. Juni. **Das Reuter-Büro meldet aus Paris, daß Clemenceau, Wilson und Lloyd George auf die deutsche Note, die um 7 Uhr abends eintraf bereits geantwortet haben in dem Sinne, daß die Zeit für Diskussionen, Einschränkungen und Vorbehalte vorüber sei und die deutschen Vertreter unzweideutig den Friedensvertrag als Ganzes wie er vorliege annehmen müsse oder nicht. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Durchführung jeder Bedingung des Vertrages verantwortlich machen.**

mz. **Versailles,** 22. Juni. **Wie der „Temps" meldet, fand gestern vormittag in der Präfektur in Versailles eine Besprechung zur Erörterung der letzten Maßnahmen im Hinblick auf die Ceremonie der Friedensunterzeichnung statt. Wie das „Journal des Debats" berichtet, liefen im Generalkommissariat der Friedenskonferenz in Paris am Vormittag wichtige Depeschen aus Weimar ein. Das Generalkommando empfahl daraufhin, daß die Vorbereitungen im Versailler Schloß vormittags 10 Uhr fertiggestellt sein müssen.**

Die deutsche Flotte.

mz. **London,** 21. Juni. (Reuter) Die Admiralität teilt mit: Heute nachmittag ist eine Anzahl der internierten deutschen Schiffe in der Scapa-Bucht von den Besatzungen verlassen und versenkt worden. Die Besatzungen befinden sich in sicherem Gewahrsam.

Die in der Scapa-Bucht internierten deutschen Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer, mit Ausnahme des Schlachtschiffes „Baden" sind versenkt worden. Desgleichen wurden fünf leichte Kreuzer versenkt, während die übrigen drei durch dort befindliche Schleppdampfer auf Strand gesetzt wurden. 18 Zerstörer wurden auf Strand gesetzt, vier sind schwimmend, der Rest ist versenkt. Der deutsche Kontreadmiral und die meisten Deutschen von Bord der Schiffe befinden sich unter Bewachung der britischen Kriegsschiffe. Einige Boote von den Schiffern waren zum Stoppen aufgefordert worden, weigerten sich aber, dies zu tun und wurden beschossen. Eine geringe Anzahl Deutscher wurde getötet oder verwundet. Entsprechend den Waffenstillstandsbedingungen waren die Schiffe mit geringen deutschen Besatzungen ohne britische Besatzung an Bord interniert gewesen.

---

mz **Berlin,** 21. Juni. Wie wir erfahren, haben die Eisenbahnarbeiter fast überall die Arbeit wieder aufgenommen. Der Verkehr ist nicht mehr behindert. Ein Beamter und ein Arbeiter sollen dem Präsidenten der Eisenbahndirektion als Beiräte beigegeben werden. Der Eisenbahnminister erklärte grundsätzlich, daß gegen das Aufrücken von Arbeitern in höhere Stellen nichts einzuwenden sei. Maßregelungen werden nicht stattfinden.

mz **Berlin,** 21. Juni. Von der oberschlesischen Grenze kommen, wie wir erfahren, Nachrichten, daß aus Oesterreich, Polen und Rußland Waffen für kommunistische Umtriebe nach Deutschland unterwegs seien.

mz. **Berlin,** 21. Juni. „Dzienik Berlinski" meldet, daß die Polen durchaus mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Deutschland rechnen. Alle Polen von 18—45 Jahren seien einberufen.

mz. **Berlin,** 21. Juni Der „Vossischen Zeitung" wird aus Wien berichtet: Wie der „Neue Tag" aus hiesigen Entente-Kreisen aus Wien erfährt, ist die Entente entschlossen, Wien zu besetzen, und zwar durch zwei italienische und eine französische Division. Die Maßregel wurde notwendig, da die ungarische Räteregierung angeblich einen Vorstoß gegen die Bahn Lundenburg-Oderburg plane. Die ungarischen Truppen wurden bereits von der Südfront abgezogen, um für die neue Aktion verwendet zu werden. Von dem Vorhaben wurde die Entente in Kenntnis gesetzt und erklärte, sie werde die nötigen Gegenmaßnahmen ergreifen. Der Leiter der englischen Militärmission, Oberst Cunningham benachrichtigte den Staatssekretär für Heereswesen, Dr. Deutsch, daß die Besetzung Wiens geplant ist.

Für die
Feldarbeit
Damen Halbschuhe
Rindleder
Nr. 36 bis 42
empfiehlt
Chr. Münster
Idstein Kreuzgasse 2—3.

Ein Paar gute
Arbeitsschuhe (Größe 42),
zu verkaufen. Magdeburgstraße 2.

Ein Kinderbett, Küchenbrett, Büchergestell,
Trockengestell, Chocolade-Automat zu verkaufen.
Wo? sagt der Verl. der Idst. Ztg.

Sauberes Mädchen od. Frau
zum Putzen und Waschen auf einige Stunden täglich gesucht. Wo sagt der Verl. d. Idst. Ztg.

1 Glucke mit 12 Küken zu verkaufen.
Kaffeegasse 5.

1 Glucke
mit jungen Hühnchen zu verk.
Karl Fritz, Walsdorf.

Zur sofortigen Lieferung neu eingetroffen:
Amerikanische Norfolk-Sweet Chocolade
in 1/2 Pfd. Tafeln, — Allerfeinste Qualität, die auf dem Markte in Chocolade zu Gebote steht.
Cacao erstkl. Ware — Feinster Honig
Abgabe nur an Grossabnehmer
Versand-Engros-Haus J. Ch. Fischer
Adelheidstr. 20 **Wiesbaden** *Telefon 3610*

Dienstschreiben.

Zum Zwecke der Einziehung der sogenannten „Gefangenenscheine“ (conpures) hat das Oberkommando bestimmt:

1. Die Scheine werden bei der Reichsbank-Nebenstelle in Wiesbaden gesammelt, die ihre Abführung an die Reichsbank in Mainz veranlassen wird.
2. Die Besitzer der Scheine erhalten von der Bank eine provisorische Empfangsbescheinigung, die sie später gegen deutsches Geld umtauschen, wenn die Bank den Gegenwert von Frankfurt erhalten haben wird.
3. Die Lokalblätter werden eine Veröffentlichung bringen, in der die Bevölkerung darauf aufmerksam gemacht wird, daß diese Scheine, nach dem Ministerialbeschluß v. 18. März d. J. vom 1. Juli d. J. ab nicht mehr gültig sind und daß die Reichsbank die Auszahlung übernommen hat.

Demgemäß:
haben Sie die erforderlichen Anordnungen zur unverzüglichen Durchführung dieser Vorschriften zu erlassen. Für die im § 3 vorgesehene Veröffentlichung werden Sie Sorge tragen.

Die Reichsbank wird die nötigen Anweisungen erhalten.

Le Lieutenant Colonel Administrateur
superieur du District de Wiesbaden.

An den Herrn Regierungspräsidenten in
Wiesbaden.

*

Wird veröffentlicht.

Langenschwalbach, den 11. Juni 1919.

Der Landrat: von Trotha.

Grasabgabe aus dem städt. Wald.

An hiesige Einwohner wird am **Montag, Mittwoch u. Samstag** jeder Woche **vormittags von 7 Uhr** an aus dem **städt. Wald Gras** unentgeltlich abgegeben. Zum **erstenmal Mittwoch, den 25. d. Mts.** in Distrikt Schindkaut an den Bacherwiesen.

Förster Steffens, welchem die Aufsicht obliegt, bestimmt bei den weiteren Abgaben die Distrikte.

Formulare

für **Vermögensverzeichnisse** sind im Rathaus zu haben.

Idstein, den 21. Juni 1919.

Der Magistrat:
Leichtfuß, Bürgermeister.

Auf Befehl

des Herrn komm. Generals der 37. Division sollen stets innerhalb 3 Stunden nach Abmarsch der Truppen etwa durch diese entstandene Schäden bei dem Bürgermeister angemeldet, andernfalls solche für ungültig erklärt werden.

Idstein, den 23. Juni 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Die unter Nr. 1036 für Frau Charlotte Gucks ausgestellte rote Legitimationskarte ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Idstein, den 23. Juni 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Stadtkasse Idstein.

Das **Realschulgeld** für das Sommer-Halbjahr 1919 wird hiermit zur Zahlung angefordert.

Der Stadtrechner.

An- u. Verkaufsgenossenschaft
Idstein.
Reis eingetroffen.

Stenographenverein
„Stolze-Schrey“ Idstein.

Beginn eines neuen **Anfängerkursus Donnerstag, den 26. Juni d. Js., abends 8 Uhr** in der Schule. Unterrichtsgeld 8.— Mk. Anmeldungen nimmt entgegen H. Urban, Limburgerstraße 10.

Der Vorstand.

Turngesellschaft
E. V.
Idstein.

Wir haben nach erteilter Genehmigung durch die franz. Behörde unseren **Turnbetrieb wieder aufgenommen.**

Die Turnstunden finden statt, bis auf weiteres **Dienstags u. Freitags abends v. 8—9½ Uhr** auf dem alten Turnplatze (Escherstraße).

Wir bitten unsere **Mitglieder, Eltern und Freunde der Turnsache,** hiervon **regen Gebrauch** zu machen.

Anmeldungen werden in den Turnstunden von den Leitern entgegengenommen, sowie jederzeit bei dem unterzeichneten Vorsitzenden.

Idstein, den 20. Juni 1919.

Der Vorstand.
J. A.: H. Schepp, Vors.

Todes-Anzeige.

Heute entschlief sanft nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager und Bruder

Theodor Linck 3.

im 76. Lebensjahre.

Idstein, den 21. Juni 1919.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Margarethe Linck.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 24. Juni, nachm. 3 Uhr vom Sterbehause, Rodergasse, aus statt.

Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Heinrich Metz

gestern nach langem, schweren Leiden im Alter von 67 Jahren sanft entschlafen ist.

Heftrich, Idstein, Nordenstadt, Walsdorf, Wallrabenstein, den 22. Juni 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 24. d. Mts., nachm. 2 Uhr statt.

In aller Ruh'
Putzt Du im Nu
Blitzblank die Schuh,
Nimmst Du dazu

Erdal

schwarz — gelb — braun
Alleinhersteller:
Werner & Mertz, Mainz

Vermögensverzeichnisse
Steuer-

Revisionen, Einsprüche und Berufungen. Einrichtung von Buchführungen, Abschlüsse und Revisionen, Beitragen von Geschäftsbüchern.

Ludwig Götz,
beeidigter Bücherrevisor
Niedernhausen im Taunus
Telefon Nr. 45.

Dyckerhoff'scher
Zement

ist wieder eingetroffen.

Eich & Mauß.

Ein ordentl. Junge

vom Lande, der Lust hat, das **Schuhmacherhandwerk** gründlich zu erlernen, kann in die Lehre treten. Näh. im Verl. der Idst. Ztg.

Bin wieder unter Nr. 10 an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Zahnarzt Maurer
Idstein.
Vorschußvereinsgebäude.

Sprechstunden bis auf weiteres:
Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag
von 8—12 Uhr vormittags und
„ 2— 5 „ nachmittags.
Dienstag und **Samstag**
von 8—12 Uhr vormittags.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anläßlich unserer Verlobung sagen herzlichen Dank.

Lina Roos
Anton Roth

Idstein i. Ts. Arnsberg, Westfalen
Juni 1919.

Stenographenverein Gabelsberger
Idstein.

Mittwoch, den 25. Juni, werden wir die regelmäßigen Uebungsabende nach dem altbewährten System Gabelsberger wieder aufnehmen und zwar

Mittwoch abends 8½—10 Uhr **Anfängerunterricht**
Donnerstag abends 8½—10 Uhr
Fortbildungsunterricht.

Die Uebungsstunden finden in der Schule statt. **Mittwoch, den 2. Juli,** eröffnen wir in gleichem Saale einen

Anfängerkursus.

Die Teilnehmergebühr beträgt 6 Mk., für Schüler 4 Mk., welche bei Anfang des Unterrichts zu entrichten sind. Mitglieder sind frei. (Lehrbuch nicht eingeschlossen).

Zur Beteiligung laden wir hiermit ergebenst ein. **Anmeldungen** nimmt entgegen H. Münster, **Kreuzgasse.**

Der Vorstand
J. A.: G. Wahl, Vorsitzender.

Bursche oder Mädchen

für **Sonntag nachmittags** zum Servieren gesucht. **Gasthaus zum Thal.**